

UNIA

Industrie-Bulletin



Infobulletin für die Mitglieder der Gewerkschaft Unia in der Industrie

Nr. 5, Juni 2015

Unia | Postfach 272 | 3000 Bern 15 | T 031 350 21 11 | www.unia.ch

Fetter Franken gegen Arbeit

... und so stoppen wir ihn!



Die Nationalbank greift den Werkplatz an: So schadet uns die eigene Währung

Was hinter dem Killer-Franken steckt. Und was wir tun können.

| | |
|--|----|
| Editorial: Der mörderische Franken – und eine versteckte Agenda | 3 |
| Wir sind Industrie. Die Schweiz braucht Industrie. Darum muss der Franken runter | 5 |
| ■ Das Meccano von Franken und Export | 6 |
| ■ Die Macht der Nationalbanken | 7 |
| Der Gläubige. Was Thomas Jordan antreibt | 9 |
| SOS Nationalbank: Intervention ist ihr Job | 10 |
| Giftige Küsse der Spekulanten | 12 |
| Finanzplatz gegen Werkplatz: Hausgemachte Misere | 13 |
| Ein fairer Wechselkurs muss her! | 14 |
| Der tödliche Franken – Angriff auf die Arbeitenden | 15 |
| Eurolöhne etc.: An den Löhnen wird nicht geschraubt! | 16 |
| Was tun I. Die nächste Intervention der SNB kommt | 17 |
| Was tun II. Die 7 Forderungen der Gewerkschaft | 18 |
| Was tun III. Ohne Industriepolitik geht nichts | 19 |
| Was tun IV. Leitfaden für den Betrieb: Gratisarbeit Nein. Im Prinzip | 20 |
| Was tun V. So machen wir den Krisendeal. Mustervereinbarung | 21 |
| Fundstellen: Hier erfährst Du mehr | 22 |

Der mörderische Franken – und eine versteckte Agenda

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Da haben also drei Herren entschieden, die Existenz von Tausenden von Familien und der Industrie aufs Spiel zu setzen. Das Nationalbank-Direktorium unter Thomas Jordan hat den Franken in die Hände der Spekulanten gelegt. Sein Entscheid bringt schweren Schaden über die Schweiz.

Weil der Franken nun um mehr als 20 Prozent überbewertet ist, verlieren Kolleginnen und Kollegen ihren Lohn, verlagern Firmen Fabriken nach Euroland, klaffen Löcher in den Pensionskassen. Wenn wir schon eine eigene Währung haben, soll sie uns nützen. Heute kranken wir am Spekulanten-Franken.

Gut zu wissen, dass daran nichts zwingend ist. Wir zeigen handfeste Gegenmassnahmen (Seiten 16–21). Jetzt muss die Sozialpartnerschaft zeigen, was sie wert ist: Wir fordern einen Deal, der unsere Jobs und Löhne schützt – und damit gleichzeitig die Industrie. Der Arbeitsplatz muss die SNB und Jordan dazu zwingen, den Franken auf ein erträgliches Niveau zurückzuholen. Das geht nur mit Geldpolitik.

«Arbeitgeber, Banken und Rechte planen den Umsturz. Ihr Programm: Rückschritt.»

Bundesrat, Economiesuisse und Swissem zieren sich noch, mit uns diesen Schritt zu tun. Ich kann verstehen, dass jene, die ihre



«Eine eigene Währung muss uns nützen. Sie darf nicht schaden.»

Corrado Pardini, Mitglied der Geschäftsleitung Unia, Leiter Sektor Industrie und Nationalrat.

Begründungen lesen, kalte Wut packt. Die Herren sehen in der Frankenkrise eine Chance, Löhne, Arbeitszeit und die Gewerkschaften anzugreifen.

Programm Rückschritt. Da nimmt eine versteckte Agenda Gestalt an. Die Programme von Economiesuisse, UBS-Chef Ermotti, Avenir Suisse, SVP und FDP für den heissen Wahlherbst zielen auf den rabiaten sozialen Rückschritt. Auf einen Umsturz. In jubelnden Kommentaren wird dieser Schulterschluss des Kapitals gegen die Arbeit beschworen. Darum geht es also: Der herrschende Teil der Besitzenden will die Frankenkrise und den Streit mit Europa (Ermotti: «ernste Lage») dazu benutzen, ihr 40 Jahre altes neoliberales Ab-

rissprogramm doch noch durchzuziehen. Also den sozialen Kompromiss zu schleifen. Das wäre unklug. Ihre Schweiz stünde dann frontal gegen unsere Schweiz.

Mit diesem Industrie-Bulletin wollen wir etwas Licht in das Dunkel dieser Vorgänge bringen. Wer handeln will, muss wissen.


«Wir Gewerkschaften müssen jetzt härter sein als der Franken.»

Eines aber steht schon fest: Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sollten noch härter sein als der Franken.

Wir sind die Industrie.

Euer

Corrado Pardini, Nationalrat



Mitglied der Geschäftsleitung Unia
und Leiter Sektor Industrie



Die Nationalbank schreddert Arbeitsplätze. Aktion der Unia am 18. März 2015

Wir sind Industrie. Die Schweiz braucht Industrie. Darum muss der Franken runter.

Der aufgeblähte Spekulanten-Franken von SNB-Chef Jordan provoziert nicht nur Gratisarbeit, Entlassungen und Auslagerungen. Er stellt die Industrie in Frage. Und damit ein Gesellschaftsmodell. Das werden wir nicht zulassen.

Sektorleitung Industrie der Unia

Es ist die Geschichte einer alten Feindschaft: Finanzplatz gegen Werkplatz. Als Nationalbankpräsident Thomas Jordan am 15. Januar den Frankenmindestkurs von 1.20 für 1 Euro fallen liess, wusste er genau, was er damit anrichtete. Ihm war klar: Der Franken wird sofort teurer. Noch teurer. Die Exporte werden leiden. Und natürlich werden die Konzerne den Aufwertungsdruck an die Arbeitenden weitergeben: mit Gratisarbeit, Euro-Löhnen und Entlassungen.

Gerade 45 Sekunden brauchten die Spekulanten nach Jordans Ankündigung. Da schoss der Franken schon durch die Decke und stand zum Euro vorübergehend 1:1. Nur Stunden später trafen bei Zuliefer-Betrieben, meist waren es KMU, die ersten Mails und Faxe der Konzerne mit dem Befehl ein, sogleich die Preise zu senken. Und nach zwei Tagen waren die ersten Personalkommissionen mit der Aufforderung oder der Verfügung konfrontiert, ab sofort Sonder-schichten zu schieben. Natürlich ohne Lohn. Fronarbeit.

Schlagartig vernichtete Jordans Federstrich auch 300 Milliarden Vermögen und riss grosse Löcher in die Pensionskassen, die AHV und die anderen Sozialwerke.

Wo die «Märkte» wüten

Aber solche Dinge spielen im Denken Jordans keine wichtige Rolle. Er war ohnehin nie ein Freund der SNB-Intervention. 2011, als sie beschlossen wurde, war er nur die Nummer 2 der Notenbank. Der Wirtschaftsprofessor der Uni Bern glaubt, ein Land solle von der Wirtschaft regiert werden. Und die Wirtschaft

wiederum von «Märkten». Konkret also von den Bankern und den Grossaktionären (das sind heute in der Regel spekulative internationale Fonds), denn Jordans «Märkte» gibt es nicht.

Zwar sind eine Theorien seit der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise von 2008 bankrott. Aber auch darüber braucht

sich Jordan keine Sorgen zu machen. Die Schweizer Eliten halten weiter am falschen Dogma fest. Und der Bundesrat deckt ihn. Am 15. April hat die Regierung angeblich eine «vertiefte Lageanalyse vorgenommen» (in wenigen Minuten, weil Präsident Hollande wartete). Resultat: Es wird wahrscheinlich zu einer Desindustrialisierung kommen («Strukturwandel») und höherer Arbeitslosigkeit. Doch es bestehe kein Handlungsbedarf: «Der Bundesrat erachtet ein Konjunkturpaket nach heutigem Stand als nicht angezeigt.» Aha.



Inzwischen haben mehr als 100 Unternehmen aus allen Branchen Massnahmen angekündigt, von Arbeitszeiterhöhungen über Lohnsenkungen und Kurzarbeit bis hin zu Massenentlassungen und Betriebsschliessungen.

Das Meccano von Franken und Export

Die Schweizer Industrie verkauft drei Viertel ihrer Produkte im Ausland. Das ist für unseren Wohlstand entscheidend: Einer von zwei Franken unserer Wirtschaftsleistung (BIP) kommt aus dem Handel mit der Welt. Vor allem mit Europa.

60 Prozent unserer Exporte gehen in den Euro-Raum. Steigt der Wert des Franken, werden die Schweizer Produkte für diese Käufer teurer (siehe «Ein fairer Wechselkurs muss her», Seite 14). Der Metall- oder Maschinenproduzent muss dann seine Preise in Franken senken – oder er verliert gegen billigere Konkurrenten.

Schweizer Konzerne haben verschiedene Strategien entwickelt, um die Überbewertung der eigenen Währung abzufedern. Sie haben die Produktivität forciert. Sie geben den Aufwertungsdruck an die Schweizer Lieferanten weiter, die ihre Preise senken müssen. Oder sie bezahlen ihre Schweizer Zulieferer-KMU in Euro. Sie beziehen ihre Roh- und Halbfertigwaren aus dem Ausland – was wiederum Jobs in der Schweiz kostet. Betriebswirtschaftler nennen das «Hedging». Sehr viele Unternehmen tätigen Währungsabsicherungsgeschäfte (manchmal mit Verlusten). Die brutalste Methode aber besteht darin, die Produktion nach Euroland zu verlegen.

Wir Gewerkschaften haben sofort gehandelt. Aus den Erfahrungen der vorigen Frankenkriese im Jahr 2011 haben wir einen Leitfaden für die Personalkommissionen gesponnen (siehe Seiten 20–21). Damals hatten einige Konzerne die Lage genutzt, um über erzwungene Gratisarbeit ihre hohen Profite noch zu steigern. Wir mussten Verhandlungen erzwingen, um die Anwendung des Krisenartikels im GAV präziser zu fassen.

Dies und der GAV 2013 tun jetzt ihre Wirkung. In den meisten Firmen, die dem Vertrag unterstellt sind, wurden die Arbeitszeiterhöhungen mit den Personalkommissionen verhandelt (und nicht einseitig verfügt). Einige Belegschaften mussten illegale Löhne und Lohnsenkungen mit Kampfmassnahmen abwenden. In anderen Fällen haben Betriebskommissionen, die unter Einfluss von Angestellte Schweiz stehen, bizarre Deals mit hochrentablen Konzernen abgeschlossen. Sind sie unterwegs zurück zur 6-Tage-Woche?

Wie schlimm wird der Frankenschock?

Heute heisst die Frage: Kommt der Frankenschock erst noch? Eine Umfrage unter Finanzchefs verrät, dass die meisten Konzerne heute mit einem Kurs von 1.07 kalkulieren – und schon bei einer solchen Überbewertung rechnen sie mit hohen Verlusten. Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt rechnet bereits ab 1.10 mit fatalen Einbrüchen. Ende April zeichnet sich eher ein Frankenkurs nahe bei 1:1 ab. Jordans begleitende Negativzinsen wirken (noch?) nicht.

1:1 wäre ein Desaster. Nicht nur für die industrielle Produktion in der Schweiz. Einige Grosskonzerne könnten dem Frankensturm wider-

stehen – auf Kosten eines Massensterbens der zuliefernden KMU. So oder so ein GAU: Diese Grosskonzerne haben, von der Uhrenindustrie und wenigen Ausnahmen abgesehen, bereits heute zwischen 70 und 90 Prozent ihrer Arbeitsplätze im Ausland.

Der Preis wären scharfe soziale Konflikte. Man rührt nicht ungestraft an die Grundlagen von 330 000 Arbeitsplätzen.

Der «Strukturwandel» würde einen Wirtschaftszweig schleifen, der deutlich mehr zum Wohlstand des Landes beiträgt als der Finanzplatz. Ein Pfeiler des sozialen Friedens, der Innovation und des schweizerischen Ausbildungssystems bräche weg. Dies hätte den hohen Preis scharfer und andauernder sozialer Konflikte. Man rührt nicht ungestraft an die Grundlagen von 700 000 Arbeitsplätzen. Hat 2015 ein Schweizer Nationalbankchef die Macht, ein Land zu schädigen, allein um Hedgefonds, Bankern, Staatsfonds und der EBZ zu gefallen, ist das eine politische Obszönität (siehe Kasten 2: «Die Macht der Nationalbank»).

Der Franken muss uns nützen.

Für uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter liegt die Lösung auf der Hand: Sozialpartner und Politik sollten die SNB verpflichten, den Franken durch Interventionen massiv zu verbilligen. Und dies sollten sie sehr rasch tun, Gerede von «Märkten» hin, Gewäsch von

der Unabhängigkeit her. Jordan und der Bundesrat verfügen dafür über eine ganze Palette von Instrumenten (siehe Seite 17).

Die Macht der Nationalbanken

Zentralbanken (Nationalbanken, Notenbanken) verkörpern ursprünglich das Monopol des Staates auf das Drucken von Geldscheinen. Das ist verbunden mit der Aufgabe, die Geldmenge zu steuern, um eine hohe Inflation oder eine Deflation abzuwenden. Kernauftrag: den Wert einer Währung stabil halten (auch über Zinsniveau, Geldmarkt-Interventionen). Sie halten die Geldreserven und sind Bank der Banken.

Manche Zentralbanken, etwa die amerikanische FED, haben die explizite Aufgabe, zu einer hohen Beschäftigung beizutragen. Im Schweizer Nationalbankengesetz wird dies nur unverbindlich angedeutet. Theoretisch sind Nationalbanken unabhängig. Praktisch sind sie ein Instrument der Politik.

Seit der Krise 2008 haben sich die Nationalbanken neue, sehr weitgehende Kompetenzen genommen. Etwa die Rettung der Banken (SNB: die UBS). Die Europäische Zentralbank EZB sozialisiert mit ihrem Kaufprogramm für Euro-Anleihen gerade die Verluste der spekulierenden Banken.

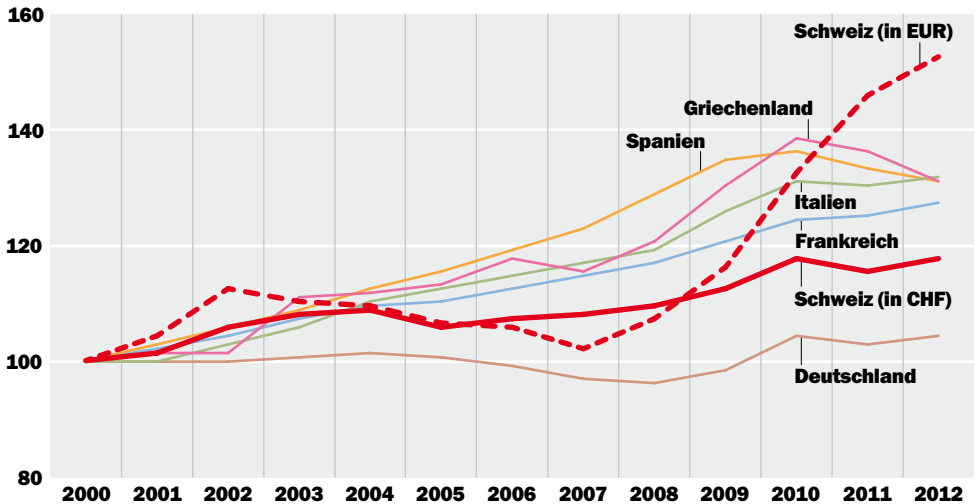
Konsequenz: Die Zentralbanken wie die SNB sind sehr viel mächtiger geworden.

2011 zogen Wirtschaftsbosse und Politiker an einem «Franken-Grütli» auf Druck der Gewerkschaft die Notbremse. Im Kern ging es darum, die SVP in eine Lösung mit dem SNB-Mindestkurs 1.20 einzubinden. Christoph Blocher hatte gegen die Intervention agitiert und mit ihm die Grossbanker Grübel, Ospel etc. Der SVP-Führer war immer ein Mann der Finanz. Sein Geld machte er mit der Zerschlagung von Industriefirmen wie Alusuisse und Lonza. Am Ende zog Blocher beim «Franken-Grütli» mit, stürzte aber wenige Monate später Nationalbankchef Philipp Hildebrand, um Thomas Jordan den Weg freizumachen. Seither fordert er von Jordan das Ende der Interventionen.

Entscheid am 18. Oktober

Kein Wunder, lobt er ihn heute. Doch diesmal ist Blocher in feudaler Gesellschaft. Grossbanker und Economiesuisse, FDP und die NZZ, Bundesrat und Rechte aller Schattierungen – alle feiern sie den pathetisch aufgepumpten Franken. SVP, FDP und Economiesuisse hoffen, mit der Frankenkrise und dem Streit um die Personenfreizügigkeit den sozialen Kompromiss zu zerschlagen (und die Gewerkschaften). Auf ihrer Liste stehen (in der NZZ nachzulesen): Löhne senken, Steuern für Reiche gegen Null, Schluss mit Bankenregulierung, Arbeitszeit erhöhen, AHV und Service public schleifen, Umweltschutz

Der teure Franken gegen Arbeitsplätze



Der Vergleich der Lohnstückkosten in verschiedenen Ländern zeigt: Die Schweizer Arbeitenden sind extrem produktiv. Doch der Spekulationsfranken macht diese Anstrengung zunichte. 2007 stand der Euro noch bei über 1.60. Dann begann der Frankenkurs zu steigen (hier die Entwicklung bis 2011) – und mit ihm die Lohnstückkosten in Euro ausgedrückt (Export).

Quelle: Hans Baumann/work

Der Gläubige

Was treibt Thomas Jordan an?

beenden... Die Parlamentswahlen vom Oktober verstehen sie als Richtungswahl. Am Abend des 18. Oktober möchten sie eine rabiat rechte Regierung ohne die SP einsetzen. Zurück zur Zeit vor 1937.

Wir können den Umsturz verhindern, indem wir SVP und FDP abwählen.

Swissmem, der Industriellen-Dachverband, kurvt bisher auf der Linie von Economie-suisse, zweifelt aber leise. Könnte der Preis doch zu hoch sein? Vielleicht wollen die Swissmem-Unternehmer das gar nicht herausfinden. Und am Ende FDP und Economie-suisse auch nicht.

Wir sagen ihnen: Lest von unseren Lippen. Wir schlagen Euch einen neuen Sozialpakt vor.



Ideologisch verblendet: Thomas Jordan, 52, seit 2012 Präsident der Schweizerischen Nationalbank.

Finanzmärkte regulieren sich selbst: Sie finden automatisch zum Gleichgewicht. So lautet der erste Glaubenssatz der Neoliberalen. Der ist zwar spätestens seit der Finanzkrise als Hokuspokus entlarvt. Doch Thomas Jordan, 52, Bieler,

Harvard-gestählt und mit Professur in Bern, hält an der toten Religion fest. In seinen Reden und Schriften macht Jordan klar: Er will das Schicksal der Schweiz und der Welt in die Hände der Banker legen.

Beim Franken geht es nicht um Ökonomie, sondern um Glauben und Politik.

Wer denkt, der Entscheid der SNB sei ökonomisch begründet, der irrt. Es geht um Glauben und Politik. Die SVP-Clique um Oligarch Blocher, Banker Matter und UBS-CS-Grübel und rechte Freisinnige applaudierten lautstark. Sie wollen eine Schweiz ohne Industrie, ohne Gewerkschaften und weit weg von Europa.

SOS SNB: Eine Nationalbank, die den Franken nicht im Griff hat, ist keine richtige Nationalbank

Intervention ist ihr Job



«Die Nationalbank steuerte den Franken schon immer. Überlässt sie ihn, wie heute, den Spekulanten, endet das in einem Desaster.»

Daniel Lampart, Chefökonom SGB

Der Ausstieg der Nationalbank SNB aus dem Mindestkurs war ein Schock. Nicht nur für die Industrie. Auch die Devisenspekulanten sind erschrocken. Kurzfristig brach sogar der Handel zusammen. Das überrascht nicht. Denn die Devisenhändler sind sich gewohnt, dass die SNB den Franken in irgendeiner Form steuert. Das tat die SNB seit Jahrzehnten, verschleierte es aber gerne. Offiziell sagte sie, sie halte bloss die Teuerung unter 2 Prozent.

In einem kleinen Land wie der Schweiz, das viele Produkte aus dem Ausland importiert, hängt die Teuerung stark vom Wechselkurs ab. Ohne stabile Wechselkurse gibt es keine Preisstabilität. Darum kontrollieren alle kleinen Länder den Wechselkurs ihrer Währung. Die

Benelux-Länder haben den Euro. Dänemarks Krone ist an den Euro angebunden. Singapur orientiert sich an einem Mix von mehreren Währungen.

1978 führte die SNB gegenüber der D-Mark eine Untergrenze von 80 Rappen ein. Nach der Einführung des Euro verteidigte sie stabile Untergrenzen von 1.50 und 1.45 Franken für einen Euro. Das tat sie via Zinssenkungen. Erfolgreich. Erst als die Nationalbank Ende 2009 bei einem Kurs von 1.50 sagte, dass sie nun doch eine Aufwertung zulassen werde, brachen alle Dämme. Der Franken wurde schnell teurer. Bis im August 2011 wertete er sich fast auf 1:1 zum Euro auf. Das war ein Desaster für die Industrie und den Tourismus.

Ruhe brachte erst wieder die Einführung eines Mindestkurses von 1.20 und seine Verteidigung. Bis zum 15. Januar 2015: Dann sorgte die SNB mit ihrem Ausstieg wieder für Verwirrung und Unsicherheit.



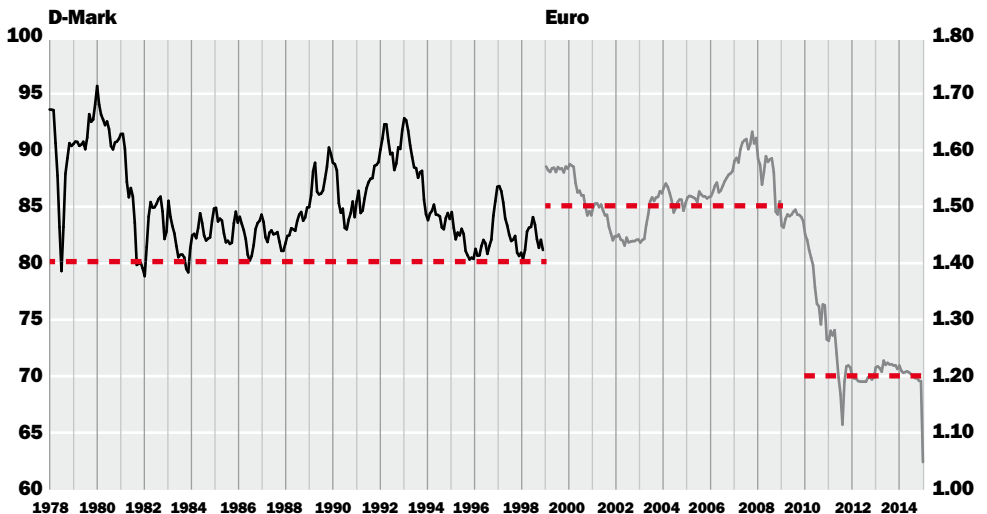
Was tut die SNB? Die Mittel, den überbewerteten Franken zu schwächen, hätte sie.

Zu ihrer Verteidigung behauptet die SNB, sie hätte Anfang 2015 extrem viele Euro kaufen müssen, um den Mindestkurs zu verteidigen. In Wahrheit liegt das Problem anderswo: Die SNB hatte zugelassen, dass es auf dem Franken mehr Zins gab als auf dem Euro. Kein Wunder, wollten alle Franken kaufen. Hätte die Nationalbank schon im Dezember Negativzinsen eingeführt, wäre die Entwicklung anders

verlaufen. Die Dänen hatten tiefere Zinsen. Sie mussten deshalb zur Verteidigung ihrer Untergrenze keine Euro kaufen.

Die Schweiz braucht wieder eine stabile, fair bewertete Währung. Darum muss die SNB sich auf ihre traditionelle, intelligente Wechselkurssteuerung zurückbesinnen. Denn der Franken soll uns nützen. Er darf uns nicht schaden.

Schwerer Fehler: Die SNB bricht ihre Franken-Interventionen ab



Testosteron-Franken: Die SNB hat den Franken in der Regel in einem stabilen Verhältnis gehalten. Zuerst zur D-Mark, dann zum Euro. Nach 2010 liess sie den Franken fahren. Seine brutale Aufwertung erzwang 2011 einen neuen Mindestkurs von 1.20. Den hat die SNB am 15.1. fallengelassen.

Giftige Küsse der Spekulanten

Warum sich internationale Finanziere über den mörderisch teuren Franken freuen.

Als Thomas Jordan Ende Januar in Davos am Weltwirtschaftsforum WEF erschien, küsste ihn Christine Lagarde, die Direktorin des Internationalen Währungsfonds. Manager von Hedgefonds klopfen ihm auf die Schulter und die eiserne Merkel feierte seinen «Mut», den Franken wieder den Spekulanten überlassen zu haben.

Was war geschehen?

Die tägliche 5,3 Billionen-Wette

Zuerst: Der Handel mit Währungen (Devisenhandel) ist der grösste aller Finanzmärkte. 2013 wurden pro Handelstag 5,3 Billionen (5300 Milliarden) Dollar auf Devisen gewettet. Jeden Tag! 97% dieser Devisenwetten sind rein spekulativ. In Franken wurde 2014 etwa 180x das gesamte Exportvolumen der Schweiz gezockt. Mit Export/Import hat der Devisenmarkt nichts mehr zu tun.

Alle gegen den Euro

Eine dieser Wetten läuft gegen den Euro. Milliarden schwere Hedgefonds und Banken spekulieren auf den sinkenden Wert des Euro (und führen damit seinen Absturz erst herbei). Sogar die Europäische Zentralbank EZB drückt den Euro, denn das verbilligt die Ex-



porte der EU und mindert die Schulden. Mit der 1.20 Franken-Untergrenze schützte die SNB bis zum 15. Januar Schweizer Arbeitsplätze, kam dabei aber allen in die Quere. Jordan wurde geküsst, weil er jetzt die Schweizer Jobs geopfert hat.

Das Franken-Paradox

Auch Schweizer Banken und Finanzkonzerne verdienen mit der Spekulation gegen den Euro kräftig Geld. Ein Hedgefonds in Pfäffikon SZ etwa konnte mit einer Wette gegen die SNB-Interventionen 28% Gewinn einstreichen. Es war eine Wette gegen den Werkplatz.

Die Finanziere lobbyierten schon seit vielen Monaten auf allen Kanälen gegen die Interventionen der Nationalbank.

Doch da gibt es noch ein Paradox zu klären: Zwar störten die SNB-Interventionen die Spekulanten. Aber die Überbewertung des Franken kommt nicht von der Schwäche des Euro. Sie ist hausgemacht (siehe Seite 13).

Diese Misere haben die Banken gemacht

Der Franken ist so brutal überbewertet, weil die Schweiz alles unternimmt, um fremdes Geld anzuziehen.

Bundesräte und Wirtschaftsvertreter sagen, der Franken sei stark, weil die Schweizer Wirtschaft stark sei. Unsinn.

Vergleicht man die Wirtschaftsleistung der wichtigen EU-Länder und der Schweiz, müsste der Franken wesentlich schwächer sein: Für einen Euro sollte man etwa 1.30 CHF bekommen (siehe Seite 14).

Komm her, liebes Geld

Stark ist der gedopte Franken, weil er zu viel Geld aus aller Welt anzieht. Viele wollen mit ihrem Geld in den Franken. Warum? Weil der Finanzplatz und sein Bundesrat alles unternehmen, um fremdes Geld anzuziehen. Dafür erfinden sie ständig neue Instrumente.

- Mit dem Bankgeheimnis machte die Schweiz sich zum global wichtigsten Fluchthafen für Schwarzgeld und die Vermögen der Reichen. Das Bankgeheimnis fällt gerade – für einen Teil der Welt. In der Vermögensverwaltung bleiben die Schweizer Banken mit 2,6 Billionen immer noch «Weltmarktführer» (sagt Swissbanking).
- Mit Steuerwettbewerb, Pauschalsteuern, Tiefststeuern für Reiche und Sonderregelungen für Holdings werden Konzerne und Superreiche ins Land geholt.
- Als Ersatz für das Bankgeheimnis hat UBS-Ex-Bundesrat Merz die Unternehmenssteuerreform II durchgetrickst. Das funktioniert – sie hat eine Billion Franken angezogen.

Wollen wir, dass in der Schweiz weiter produziert wird, muss der Franken schwächer werden. Wir schwächen ihn, indem wir den Finanzplatz weniger attraktiv machen.



Lässt man die Banken machen, zerstören sie die produktive Arbeit

Was heisst überbewertet? Ein wenig Theorie

Ein fairer Wechselkurs muss her!

Ist der Franken wirklich überbewertet? Ja, massiv. Ist das schädlich? Enorm!

Die Schweiz exportierte 2014 Waren und Dienstleistungen für **208 Milliarden Franken** und importierte für 178 Milliarden. Exportieren wir, fliesst Geld in die Schweiz. Importieren wir, fliesst Geld ab. Ob wir viel exportieren, hängt zum Beispiel von der Qualität unserer Arbeit ab. **Besonders stark aber von unserer Währung.** Wird der Franken teurer, werden Schweizer Produkte teurer. Ein überbewerteter Franken schadet der Wirtschaft. Aber wie weiss man, wie hoch ein fairer Wechselkurs zwischen Franken und Euro wäre? Eine klassische Methode besteht darin, die «**Kaufkraftparität**» zu ermitteln. Simpel gesagt: Richtig ist ein Wechselkurs, wenn man mit 1000 Franken in Deutschland die gleiche

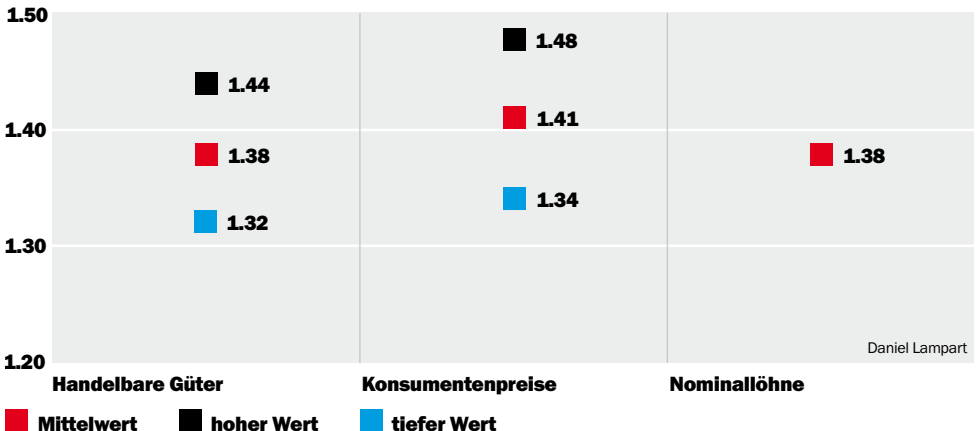
Menge Güter wie in der Schweiz kaufen kann, nachdem man die 1000 Franken in Euro gewechselt hat. Der Einkaufstourismus beweist, dass dies nicht der Fall ist.

Es gibt etliche Methoden, diese Parität auszurechnen. Etwa der Vergleich der Lohnstückkosten. Lohnstückkosten sagen, wie viel Lohnkosten pro Stück anfallen. Der faire Wechselkurs wird dann so ermittelt: Lohnstückkosten Schweiz geteilt durch Lohnstückkosten Euroland = Wechselkurs.

Das Resultat nach diversen Berechnungsmethoden zeigt die Grafik. Der faire Wechselkurs läge also bei etwa **1.30 Franken pro Euro**. Heute ein Wert, der kaum zu erreichen ist. Ende April 2015 ist der Franken um mehr als 20 Prozent überbewertet. Er ist toxisch geworden.

Franken/Euro-Kurs – Kaufkraftparität 2013

(Schätzung mit verschiedenen Daten/Methoden)



Seit dem Ausstieg der SNB aus dem Mindestkurs von 1.20 Fr./Euro ist der Franken ausser Kontrolle. Er schwankt gegenüber dem Euro um den Wert von 1.03. Der faire Kurs liegt theoretisch bei 1.30.

Der Franken ist ein tödliches Gift

Die Politik der Nationalbank richtet schwere Schäden an der produzierenden Wirtschaft an. Nicht alle sind heute schon sichtbar.

Der Finanzplatz hat den Franken künstlich aufgepumpt. Das beschädigt Exporte und Tourismus sofort (und nebenbei manche Privatbank, aber das ist Teil der Grossbanken-Strategie).

Unmittelbar wälzen die Konzerne die Folgen auf die Arbeitenden ab, mit Gratis-Mehrarbeit, Lohndruck, Entlassungen. Aber sorgt die Nationalbank jetzt nicht für eine Korrektur, werden die Folgen für uns noch viel schärfer sein. Darüber täuschen die Durchschnittswerte der Ökonomen hinweg. Erst einmal scheint der Einbruch für die Volkswirtschaft relativ gering. Das ist eine blinde Wahrnehmung. Denn der überteure Franken ist ein Instrument, um die Strukturen zu verändern. Weg von der Produktion, hin zur Dienstleistungswüste.

Unsere Währung in Kombination mit einem verhätschelten, subventionierten und geschützten Finanzplatz ist ein schleichendes, tödliches Gift für die Arbeit in der Schweiz.

■ **KMU.** Die meisten arbeiten als Zulieferer für die Grosskonzerne. Sie haben weniger Möglichkeiten, Währungsschwankungen abzusichern. Und sie waren die Ersten, die sofort die Preise senken mussten. Manche KMU wird vom Franken zerstört. Viele werden sich neue Kunden suchen müssen, denn die Konzerne weichen auf billigere Lieferanten im Ausland aus.



Die Unia warnt: Die Nationalbank treibt die Desindustrialisierung an. Ganz bewusst.

- **Wissen und Können.** Fallen viele KMU, zerbricht eine Grundlage der Industrie: Das enorme Knowhow von vielen Arbeitenden liegt dann brach. Die unmittelbare Nähe von praktischem Können und Kundenfirmen ist eine Stärke der Industrie. Konzerne, die meist ohnehin schon stark internationalisiert sind, werden ihre Auslagerungen beschleunigen.
- **Auslagerung.** Der aufgeblasene Franken führt so zu Desindustrialisierung. Direkt, wegen der Kosten. Indirekt, weil die Zulieferer-Struktur schwächelt. Das streben die Neoliberalen in Verbänden und Politik bewusst an.

An den Löhnen wird nicht geschraubt

Abstriche an den Löhnen und illegale Trickereien mit Eurolöhnen verschärfen das Problem, statt es zu lösen.

Die Lohnkosten in der Industrie liegen im Schnitt bei weniger als 20 Prozent der Gesamtkosten. An den Löhnen zu schrauben, ist darum doppelt widersinnig. Es bringt dem Unternehmen kaum etwas. Und volkswirtschaftlich schaden Lohnsenkungen. Die frei verfügbare Kaufkraft von 50 Prozent der Beschäftigten stagniert ohnehin seit vielen Jahren. In manchen Berufen sinkt sie sogar.

Dass die Konzerne dennoch Lohnsenkungen durchzusetzen versuchen, ist Klassenkampf von oben: Sie wollen den Druck auf die Arbeitenden hoch halten. Wir lassen das nicht zu. Denn die fixen Kosten eines Haushalts steigen: Mieten, Krankenkasse, andere obligatorische Versicherungen und Abgaben fressen immer grössere Teile vom Lohn.

Eurolöhne: Ein Konzernchef kündigte an, er werde seine Grenzgänger in Euro bezahlen. Die Belegschaft wehrte sich. Da begriff der CEO, dass die meisten Grenzgänger Kredite und Hypotheken in Schweizer Franken hatten. Sie wären mit Eurolöhnen sofort zahlungsunfähig geworden.

Eurolöhne sind grundsätzlich illegal, wie Gerichtsurteile zeigen: In der Schweiz müssen Schweizer Löhne bezahlt werden. Die Gewerkschaft besteht auf strengen Lohnkontrollen und auf der Durchsetzung des Lohnschutzes. Denn reissen Eurolöhne ein, werden alle Löhne unter Druck kommen.

In der laufenden Krise konnten Arbeitskämpfe bisher Eurolöhne in GAV-Firmen verhindern. Widerstand lohnt.



Desaster: Am 25.4. war 1 Euro 1.02 Franken wert.

Die nächste Intervention kommt

Es gibt keine Lösung der Franken-Krise ohne Geldmarkt-Intervention. Die Nationalbank muss ihren Job tun. Es geht darum, einen für die Realwirtschaft erträglichen Frankenkurs zum Euro zu erzwingen. Seit dem 15. Januar ist der Franken ausser Kontrolle. Ende April, bei Redaktionsschluss dieses Bulletins, ist der Franken so stark überbewertet, dass eine neue Intervention eine hohe Wahrscheinlichkeit hat.

Die Schritte sind klar:

1. Ein neues Kursziel festlegen.

Parität oder 1.10 richten in der Industrie schwere Verheerungen an. Der Mindestkurs muss höher angesetzt sein. Gibt die SNB etwa ein Ziel von 1.15 bekannt, werden die Spekulanten versuchen, dagegen zu wetten (die «Untergrenze testen»). Die SNB braucht Nerven. Ökonomisch ist es kein Problem: Eine Zentralbank kann nicht Pleite gehen. Jordan wird sich gegen ein Kursziel sperren. Also müssen ihm die Politik und die Sozialpartner klar machen, was die Rolle der SNB sein muss. Wie er das technisch löst, ist dann die «unabhängige» Aufgabe.

2. Die Negativzins-Politik verstärken.

Bisher haben Jordans Negativzinsen nicht gegriffen. Entscheidend ist die Zinsdifferenz zum Euro. Wirft der Franken mehr ab, steigt sein Wert. Hätte die SNB im Herbst 2014 schon zu starken Negativzinsen gegriffen, hätte sie den Aufwertungsschock vermieden. Vermutlich tat Jordan das nicht, um einen Vorwand zu bekommen, den Mindestkurs zu kippen.



Unheimliche Macht: Hinter der SNB-Fassade wird die Schweizer Wirtschaftspolitik gemacht.

Vorsicht: Pensionskassen, AHV und andere Sozialwerke müssen von den Negativzinsen ausgeschlossen, respektive vor ihnen geschützt werden.

3. Kapitalverkehrsmassnahmen.

Wahrscheinlich reichen Negativzinsen und Kursziel nicht, um den Franken unter Kontrolle zu bekommen. Doch der SNB stehen weit mehr Instrumente zu Gebote: Die «Kapitalverkehrsmassnahmen».

Langfristig lässt sich die Franken-Spekulation ohnehin nur eindämmen, wenn die Politik die Grossbanken zähmt und den Finanzplatz weniger attraktiv macht.

Die 7 Forderungen der Gewerkschaft

Die Aufgabe des Mindestkurses ist ein brutaler Angriff des Finanzplatzes auf den Werkplatz. Es ist allerhöchste Zeit, die Wirtschaftspolitik der Schweiz auf neue Grundlagen zu stellen.

1. Einen fairen Frankenkurs durchsetzen.

Die SNB muss gezwungen werden, den Franken auf einen realwirtschaftlich erträglichen Wechselkurs zum Euro abzuschwächen. Sie hat dies mit allen Mitteln zu tun: Kursziel, Negativzinsen, Kapitalverkehrsmassnahmen etc.

2. Lohnsenkungen unterbinden. Lohnschutz erzwingen.

In der Schweiz müssen Schweizer Löhne bezahlt werden. Strikte Lohnkontrollen (Paritätische und Tripartite Kommissionen), sofortige substantielle Strafen bei Missbrauch. Lohnsenkungen wälzen unternehmerisches Risiko auf die Arbeitenden ab und sind darum gesetzeswidrig. Ökonomisch sind sie dumm.

3. Sofortmassnahme: Realer Franken zu fairem Kurs tauschen.

Um schweren Schaden von der produktiven Arbeit in der Schweiz abzuwenden, muss der Bundesrat die SNB anweisen, Euro aus belegten realen Exporten für einen fairen Kurs zu tauschen. Finanziert wird das durch eine Devisenverkehrsabgabe (Verursacherprinzip).

4. Die Sozialversicherungen vor Negativzinsen schützen.

AHV, Pensionskassen und andere Sozialversicherungen müssen vor den Negativzinsen geschützt werden.

5. Die Sparprogramme der öffentlichen Hand stoppen.

Die unsinnigen Sparprogramme der öffentlichen Hand müssen sofort eingestellt werden. Sie verschärfen die Rezessionsgefahr.

6. Die Dunkelkammer SNB braucht einen klaren Auftrag.

Der Auftrag der SNB muss schärfer definiert werden: Wir erleben schon zum dritten Mal, dass sie Zehntausende von Existenzen vernichtet (Jobkiller Leutwiler in den 1970/80er Jahren, Jobkiller Lusser in den 1990er Jahren). Neben der Geldwertstabilität hat sie den Schutz der Arbeitsplätze anzustreben. Das ist das Mindeste.

7. Industriepolitik: Endlich in den ökologischen Umbau einsteigen.

Die Schweiz schlittert in eine schwere Krise, wenn sie ihre Industrie nicht durch Industriepolitik stützt. Das meint weder Subventionen noch Steuersenkungen, sondern vor allem politische Massnahmen zur Stützung der KMU bei Innovation und ökologischen Umbau.

Ohne Industriepolitik geht nichts

Alle Länder machen Industriepolitik. Nur die Schweiz nicht. Industrie ist ein zentrales Standbein für unsere Volkswirtschaft. 2015, vor der doppelten Bedrohung unserer Arbeitsplätze durch den Spekulanten-Franken und die SVP-Abschottung, gilt das mehr denn je. Darum hat die Unia Elemente einer Industriepolitik erarbeitet. Dazu gehören:

■ Serv plus.

Exportierende Unternehmen können Devisen zu einem fairen Kurs tauschen. Finanziert wird das aus einer automatischen Devisenverkehrsabgabe von 1 Promille (Geld aus der Spekulation für die produzierende Wirtschaft).

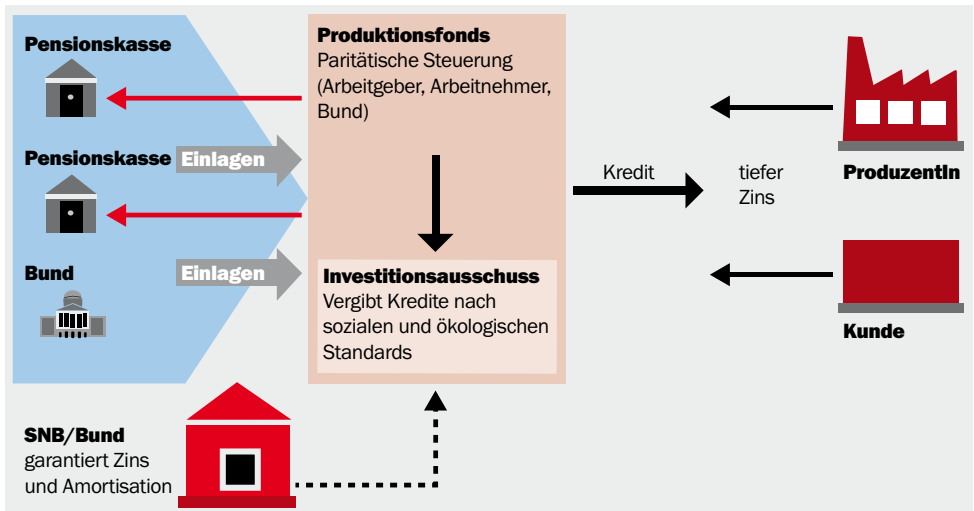
■ Pakt für eine produktive Schweiz.

Ein Paket von Massnahmen, bei den letzten GAV-Verhandlungen MEM aufgelegt. Im Kern: Die Chancen des ökologischen Umbaus nutzen (Zehntausende neuer Jobs). Und Stärkung der KMU durch den Ausbau der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) zu einer echten Innovationsagentur.

■ Fonds für den ökosozialen Umbau.

Ein paritätisch gesteuerter Milliarden-Kreditfonds für ökosoziale und innovative Investitionen. Finanziert aus abgesicherten Pensionskassengeldern. Vorteile: Ankurbelung der Investitionen, da der Fonds die Unternehmen aus dem Würgegriff der Banken befreit. Starker Impuls für neue Jobs und den ökologischen Umbau.

So funktioniert der Produktionsfonds



Gratisarbeit: Nur wenn sie unsere Arbeit sichert!

Eurolohne und Lohnkürzungen sind nicht akzeptabel. Dieses Prinzip hat die Gewerkschaft durchgesetzt, auch in der Frankenkrise. Denn die unternehmerischen Risiken dürfen nicht einseitig auf die Arbeitenden abgewälzt werden. Erst recht nicht die Folgen von Spekulation und falscher politischer Entscheide.

Einige Belegschaften haben gegen Eurolohne und Lohnsenkungen mit unserer Unterstützung erfolgreiche Arbeitskämpfe geführt. Kollektiver Widerstand lohnt sich.

Länger arbeiten? Im Prinzip Nein!

Das gilt auch für Arbeitszeiterhöhungen. Nur: In einzelnen Fällen sind wir bereit, einige Stunden länger zu arbeiten, wenn wir dadurch unsere Arbeitsplätze sichern. Das setzt aber einen **Deal** voraus. Die Verlängerung der Arbeitszeit ist ein tiefer, brutaler Einschnitt in unser Leben. Sie muss eine befristete Ausnahme bleiben. Ohne Garantien und Transparenz darf da nichts gehen. **Denn die Arbeitgeber drängen schon seit Jahren auf die Erhöhung der Arbeitszeit.** Der Spekulationsfranken darf kein Vorwand sein, sie jetzt durch die Hintertüre einzuführen. Für die Arbeitenden geht es bei der 40-Stundenwoche um eine **zentrale Errungenschaft**, für die viele Generationen gekämpft haben. Wir arbeiten um zu leben, nicht umgekehrt.

Verfügt ein hochrentables Unternehmen ohne Not fünf Stunden Gratisarbeit, verstösst es gegen den Arbeitsfrieden, gegen den Arbeitsvertrag und GAV, gegen die Sozialpartnerschaft. Gegen Treu und Glauben sowieso.

Unsere Bedingungen

Wir stimmen Mehrstunden nur zu, wenn:

1. Das Unternehmen die Notsituation nachweist (siehe S. 21).
2. Die Mehrarbeit befristet ist.
3. Die Arbeitsplätze schriftlich garantiert werden.
4. Die anderen Beteiligten (Aktionäre, Manager, Banken etc.) sich ebenfalls am Verzicht beteiligen.
5. Das Unternehmen ein regelmässiges Monitoring zulässt.
6. Gegenleistungen garantiert werden (siehe S. 21).



Die 40-Stundenwoche ist eine grosse Errungenschaft der Gewerkschaften. Finger weg!

Mustervereinbarung: Das muss in den Deal

Arbeitszeitverlängerungen regeln wir schriftlich in einem Abkommen. Es soll mindestens folgendes enthalten:

1. Betriebliche Situation

Hier wird die Lage transparent gemacht, also zusammengefasst, was wir in den Verhandlungen festgestellt haben. Transparenz über alle wichtigen betriebswirtschaftlichen Faktoren, inklusive Dinge wie: Gewinne durch billigere Importe von Rohmaterial, Bestellungseingänge, Übersicht über Fakturierung in Franken und Euro etc. N.B. Die Gewerkschaft verfügt über detaillierte Checklisten.

2. Ausserordentliche befristete betriebliche Massnahme

Beispiel:

«In der Firma XX wird für alle Arbeitnehmenden die Bruttoarbeitszeit gemäss GAV Art. 57.2 befristet um 2 Stunden von 40 Stunden/Woche auf 42 Stunden/Woche erhöht.

- Bei Teilzeitarbeitnehmenden gilt diese Regelung anteilmässig.
- Die Lernenden sind von dieser Regelung ausgenommen, ebenso Mitarbeitende im 3- und/oder 4-Schichtsystem
- Die Arbeitszeit wird von der Firma individuell erfasst und monatlich ausgewiesen. Die Arbeitszeiterhöhung von 2 Wochenstunden wird den Arbeitnehmenden als langfristig übertragbare zusätzliche Überstundenarbeit individuell gutgeschrieben (Langzeitkonto).»

Wichtig ist insbesondere, dass ein **Budgetziel** festgelegt wird und dass in der Vereinbarung **Beginn und Ende der Massnahme** festgelegt sind.

3. Rahmenbedingungen

- Kündigungsschutz für die ganze Dauer der Massnahme
- Anerkennungsprämie
- Arbeitszeitgestaltung gemäss Art. 12.1.4 GAV MEM
- Ferienanspruch bleibt (nach Art. 13.1 GAV MEM)
- Weiterbildung, Qualifizierung
- Monitoring, alle 3 Monate. Überprüfung Wirksamkeit der Massnahme. Auch hier: Transparenz
- Gesetzliche Überzeit (45 Stunden) mit Zuschlägen
- Gesamtpaket zur Verbesserung der Lage vereinbaren.
«Die Firma X ergreift folgende Massnahmen: (Investitionen, keine Dividendenauszahlung, Teilverzicht der Banken auf Kreditzinsen, Lohnreduktion für Kader, Verbesserungsmaßnahmen u.a. mehr).»
- Höchstens 10% Temporäre

Für die Arbeitenden werden die besten Vereinbarungen abgeschlossen, wenn die Belegschaften einbezogen sind und PeKo/ Gewerkschaft gemeinsam handeln.

Vollständige Mustervereinbarung bei:
Barbara.Bringhen@unia.ch

Fundstellen: Hier finden Sie vertiefte Informationen

Unia: Wir fordern eine aktive Industriepolitik:

- bit.ly/unia-industriepolitik

Unia: Pakt für eine produktive Schweiz:

- bit.ly/unia-pakt-fuer-industrie

Diverse SGB-Texte zur Franken-Krise:

- www.sgb.ch/themen/wirtschaft/geld-und-waehrung/

Blog von SGB-Chefökonom Lampart:

- www.sgb.ch/aktuell/blog-daniel-lampart/

SGB-Dossier Nr. 71 zur Frankenaufwertung (2010):

- bit.ly/sgb-dossier71

Unia-Dossier zum starken Franken:

- www.unia.ch/franken

(unter anderem mit dem Link zu einem Grundsatzartikel von Unia-Copräsidentin Vania Alleva in der NZZ)

Nationalbank:

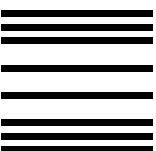
- www.snb.ch

NZZ-Dossier zur SNB:

- beta.nzz.ch/wirtschaft/snb/



**Wir sind die Industrie!
L'industrie c'est nous!
L'industria siamo noi!**



Nicht frankieren
Ne pas affranchir
Non affrancare

Geschäftskantontendung Invio commerciale-risposta
Envoi commercial-réponse



Monatslohn brutto:

CHF

Unia Beitragsskala

| Monatslohn CHF | Monatsbetrag | Monatslohn CHF | Monatsbetrag |
|--|--------------|--|--------------|
| <input type="checkbox"/> bis 999.- | 12.70 | <input type="checkbox"/> von 3700.- bis 3999.- | 38.20 |
| <input type="checkbox"/> von 1000.- bis 1299.- | 15.90 | <input type="checkbox"/> von 4000.- bis 4499.- | 40.30 |
| <input type="checkbox"/> von 1300.- bis 1599.- | 19.10 | <input type="checkbox"/> von 4500.- bis 4999.- | 42.40 |
| <input type="checkbox"/> von 1600.- bis 1899.- | 22.30 | <input type="checkbox"/> von 5000.- bis 5499.- | 44.50 |
| <input type="checkbox"/> von 1900.- bis 2199.- | 25.40 | <input type="checkbox"/> von 5500.- bis 5999.- | 46.60 |
| <input type="checkbox"/> von 2200.- bis 2499.- | 27.50 | <input type="checkbox"/> von 6000.- bis 6499.- | 48.80 |
| <input type="checkbox"/> von 2500.- bis 2799.- | 29.70 | <input type="checkbox"/> ab 6500.- | 50.80 |
| <input type="checkbox"/> von 2800.- bis 3099.- | 31.80 | <input type="checkbox"/> Lernende | 7.40 |
| <input type="checkbox"/> von 3100.- bis 3399.- | 33.90 | <input type="checkbox"/> Nichterwerbstätige | 10.60 |
| <input type="checkbox"/> von 3400.- bis 3699.- | 36.00 | <input type="checkbox"/> Rentner/innen | 10.60 |

Zahlungsmodus: monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich

Gemeinsam erreichen wir mehr

www.unia.ch

Unia Zentralsekretariat

Sektor Industrie
Weltpoststrasse 20
Postfach 272
CH-3000 Bern 15



Gewinnen mit der Unia

Eine Mitgliedschaft bringt dir Vorteile

Voraussetzung für gute Arbeit, gute Löhne und sichere Arbeitsplätze ist ein starker Gesamtarbeitsvertrag. Dazu braucht es eine starke Gewerkschaft mit vielen Mitgliedern. Als Mitglied der Gewerkschaft hast du Anspruch auf Rechtsschutz, auf Weiterbildungskurse und auf Rückerstattung des Solidaritätsbeitrages (z. B. 200 Franken beim GAV MEM).

Ja, ich trete der Gewerkschaft Unia bei

Name

Lernende/r
von bis

Vorname

Strasse

Korrespondenzsprache D F I ESP PORT

PLZ/Ort/Land

Muttersprache

Geburtsdatum

Nationalität

Natel

Aufenthaltsbewilligung

B C G L (Dauer:)

Tel. privat

Bankkonto oder PC-Konto (Nr.)

eMail

Bankname und Ort

Beruf/Branche

Ort/Datum

Arbeitgeber-Name

Ich wurde geworben durch

Unterschrift

Ich erkläre den Beitritt zur Gewerkschaft Unia und verpflichte mich zur regelmässigen Beitragszahlung gemäss den aufgeführten Beitragssätzen (siehe Rückseite) bzw. den Beschlüssen der Delegiertenversammlung. Ich anerkenne die Statuten und Reglemente der Gewerkschaft Unia.